



ANTIBERLINER

Kampfblatt gegen den Kudamm und für den Palast // Nr. 5 // Januar 2006

2 Rückschritt. Ein Netzwerk von Wirtschaftsvertretern will ein neues Denken und Handeln etablieren

4 Zukunft. Durch den Computer ist der Sozialismus möglich. Der Fortschritt ist wichtig für die Revolution

7 Bilanz. Ein Jahr lang machten Hamburgs Antifas Hausbesuche bei Neonazis. Was hat es gebracht?



Hallo Berlin, hallo Antiberliner!

Zum Jahresbeginn ist das Motto dieser Ausgabe: »Rückblick 2005 – Perspektiven 2006«. Viel ist passiert im letzten Jahr in Berlin. Wir konnten wichtige politische Ereignisse miterleben, zum Beispiel eine Riesendemo gegen Faschismus, Krieg und die offizielle, deutsche Erinnerungspolitik am 8. Mai.

Meist hielt die Freude über positive Wendungen jedoch nicht lange an. Als der alte Papst gestorben ist, wurden »Wir« plötzlich zum Neuen. Und als die Rot-Grüne Regierung endlich abgestraft wurde, wurde sie durch eine Schwarz-Rote ersetzt, die den Sozialabbau noch

radikaler vorantreiben und Unternehmerinteressen noch effizienter vertreten wird. Abseits der Weltpolitik machten einige von uns schmerzliche Bekanntschaft mit den »Prügelpolizisten« (BILD) und im Sommer gab es diverse Hausdurchsuchungen bei linken Aktivisten.

Dieses Jahr kann es auch nur noch schlimmer werden. Die offizielle Fußball WM kommt nach Deutschland und dient wieder als Nährboden nationalistischer Exzesse. Wir empfehlen sich wenigstens den Sommer über ins Ausland abzusetzen.

Also dann auf ein Neues. Viel Spaß, Eure Antiberliner

■ Neues AIB erschienen

Das aktuelle Antifaschistische Infoblatt ist erschienen. Themen sind u.a. die Geschichte der NS-Prozesse, Berliner Prügelpolizisten, Nazis in der Black-Metal-Szene und eine Betrachtung des Kölner Neonazi Axel Reitz. Ein kostenloses Probeexemplar kann man unter aib@mail.nadir.org bestellen.

■ No borders reloaded

Die überarbeitete, zweite Auflage der vergriffenen »Migration Beats« Broschüre mit Texten gegen Rassismus, Grenzen und Festung Europa ist erschienen. Herausgegeben von der Antifaschistischen Linken Berlin (ALB). Bestellungen an: Red Stuff, Skalitzerstr. 67, 10997 Berlin

■ Impressum:

- V.i.S.d.P.: E. Diepgen, Fasanenweg 30, 10123 Berlin
- Redaktionskontakt: antiberliner@web.de
- Unterstützer: Antifaschistische Linke Berlin
- Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Position des Redaktionskollektivs wider



Die Wirtschaft zeigt Initiative!

Die »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« (INSM), ein Netzwerk von Wirtschaftsvertretern, hat sich das Ziel gesetzt Millionen von Menschen zum Umdenken zu bringen. Sie sollen es gut finden, selbst für Gesundheit, Pflege und Rente zu bezahlen und auf Kündigungsschutz und Arbeitnehmerrechte zu verzichten. Wer das nicht will, soll es wenigstens als unvermeidlich anerkennen

Mit viel Überredungskunst soll die deutsche Bevölkerung ihre Begeisterung für den Neoliberalismus entdecken. Mehr eigenverantwortliche »Solidarität« ist angesagt, Vertrauen in den Markt nicht in den Staat.

Die Taktik

Um ihre Ziele zu erreichen, agiert die INSM auf allen Ebenen der Kommunikation. Neben Kampagnen wird vor allem ein breitangelegtes Netz aus Multiplikatoren genutzt. Das heißt Journalisten, Politiker und andere Personen des öffentlichen Lebens werden gezielt angeworben um Werbung für die neoliberalen »Reformvorschläge« der INSM zu machen. Unter anderem ist Prof. Dr. Paul Kirchhof Botschafter der INSM, er entwarf Reformpläne für die Neue Regierung Merkel. Aber auch Plakataktionen, eine eigene Internetpräsenz, Anzeigen, Beiträge in Zeitschriften und selbstorganisierte Preisverleihungen für »Reformer« werden organisiert. Untermauert werden die Aussagen der INSM durch eigens in Auftrag gegebene »wissenschaftliche«



Deutschland soll blühen, jedoch nicht für die Verlierer

Studien, die zeigen sollen, dass das Einzige was die deutsche Wirtschaft retten kann die Kürzung sämtlicher Sozialleistungen ist. Dem Rezipienten erscheinen die Wissenschaftler als neutral, tatsächlich treten sie aber in der Rolle eines PR-Agenten auf.

Wer mit wem?

Wesentlich beteiligt an der Öffentlichkeitsarbeit für die INSM ist die PR Agentur »Scholz und Friends«. Sie erarbeitet sämtliche Strategien und Kampagnen. Zusätzlich gibt es eine enge Zusammenarbeit mit

Eventagenturen und verschiedenen Medienorganen.

Des öfteren werden Gesprächspartner für Sabine Christiansen von der INSM gestellt und mit der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung«, »Der Welt« und »MTV« gibt es sogenannte Medienpartnerschaften. Unter anderem wird auch mit den Gewerkschaften eine gute Zusammenarbeit angestrebt.

Geschickt nutzt die INSM die knappen Budgets der Fernsehsender. Indem ganze Informationspakete zusammengestellt werden, die sowohl »wissenschaftliche« Studien, als auch Angebote für Talkshowgäste etc. enthalten, wird den Journalisten ihre Recherchearbeit abgenommen. Das spart ihnen Zeit und Geld und ist deshalb ein gerne und oft genutztes Angebot.

Scheinbar unabhängige Sendungen werden so zum Instrument der neoliberalen Meinungsmacher. Wo genau ihre PR-Maschinerie am Werk ist und wo nicht bleibt für den Zuschauer und Leser meist unklar, da die Quellen oft ungenau oder gar nicht gekennzeichnet sind. Welchem Talkshowgast steht schon auf die Stirn geschrieben »Sponsored by INSM«.

Sozial = Marktwirtschaft?

Der INSM geht es darum die öffentliche Meinung wesentlich zu beeinflussen, sie wollen Debatten beherrschen und neue Meinungen produzieren. Dazu gehört es auch positiv besetzte Begriffe, wie zum Beispiel »soziale Gerechtigkeit«, in den eigenen Publikationen zu benutzen und ihnen eine neue Bedeutung zu verleihen. Ein Beispiel hierfür ist der von der INSM im Jahr 2000 erfundene Slogan »Sozial ist das was Arbeit schafft«, der mittlerweile von Politikern aller Parteien aufgegriffen wird. Angela Merkel: »Sozial ist, was Arbeit schafft.« Guido Westerwelle: »Sozial



Feste Medienpartnerschaft zwischen Sabine Christiansen und der INSM

ist das, was Arbeitsplätze schafft.« Jürgen Rüttgers: »Sozial ist, was Arbeit schafft.« Edmund Stoiber: »Sozial ist in erster Linie, was Arbeit schafft!« Um auch den politisch weniger interessierten Zuschauer zu erreichen, hatte die INSM in der ARD-Vorabendserie Marienhof für 58.000

Euro Dialoge gekauft. Die Botschaft: Lohnnebenkosten runter, Arbeitszeiten rauf. In der Folge 1962 hieß es: »Ich würde auch schwarz für Sie arbeiten, Sie würden eine Menge Geld sparen, wie zum Beispiel die ganzen Sozialabgaben und das Urlaubsgeld und ich weiß nicht, was noch alles.«

Um das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen wird sich der Rhetorik sozialer Bewegungen bedient. Das sozial hier nichts mit finanzieller Sicherheit und Gerechtigkeit zu tun hat, erschließt sich einem erst beim näheren Hinschauen.



What the fuck is »INSM«

Die »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« (INSM) wurde im Oktober 2000 vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall gegründet. Dieser unterstützt die Initiative mit 10 Millionen Euro im Jahr. Ihr Auftrag ist die Bevölkerung für den Neoliberalismus zu begeistern. Die

INSM sieht sich als »Think Tank« der Wirtschaft und will gegen den wirtschaftlichen Abstieg Deutschlands kämpfen. Ihr klarer Auftrag ist: Wirtschaftsliberale Themen auf die Agenda zu setzen und so ein wirtschaftsfreundliches Klima zu schaffen.

Das ist das Letzte..

Durch das Auftreten in verschiedenen Medien, das Ansprechen diverser Zielgruppen und die Masse der Publikationen wird von der INSM der Eindruck erzeugt, Neoliberalismus sei »natürlich« und »alternativlos«. Dass hier jedoch nur eine Elite ihr Geld dazu benutzt der Masse ihre Ideale näher zu bringen und damit ihre Existenzbedingungen zu sichern, bleibt für die Meisten unsichtbar.

■ Reformers des Jahres

Sie waren mal wieder nicht eingeladen und kamen trotzdem – »Die Überflüssigen«, linke Aktivisten die sich immer wieder gegen Sozialraub und Neoliberalismus einsetzen. Am 30. November 2005 wollte die »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« (INSM) den »Reformer des Jahres«, ihrer Ansicht nach der Verfassungsrichter Udo di Fabio, künden. Während der Laudatio von Friedrich Merz (CDU), gelang es den Aktivisten das Podium zu erobern und vor der Presse ihre Version vorzutragen.

◆ www.ueberfluessig.tk

■ WTO in Hongkong

Mitte Dezember fand in Hongkong eine Konferenz der Welthandelsorganisation statt. Nach tagelangen Verhandlungen waren die Vertreter der EU zu einem Kompromiss über die eigenen Agrarsubventionen bereit, nachdem sie sich von den Vertretern der USA zusichern ließen, dass diese ihre Nahrungsmittelhilfen an arme Staaten beschränken. Die EU fürchtet hinter den Hilfen eine versteckte Exportförderung. Nicht weit entfernt protestierten unterdessen zehntausende Globalisierungskritiker. Südkoreanische Bauern versuchten zum Kongresszentrum vorzudringen und lieferten sich Strassenschlachten mit der Polizei. Im Kongresszentrum brach kurzzeitig Panik aus, da angenommen wurde, dass es einige Protestierer ins Gebäude geschafft hätten. Im Rahmen der Aktion wurden 900 Demonstranten festgenommen.



Tante Käthe plaudert aus dem Nähkästchen

»Alle Jahre wieder kommt das...«

Nee, die Luxemburg-Liebknecht Demo, so heißt dieser Spaziergang, mit anschließendem Bratwurst-Imbiss, Gulaschkanone und Glühwein richtig. In meist eisiger Kälte raffen sich jedes Jahr am zweiten Januarwochenende die linken Veteranen auf, um den Großen der Geschichte zu Gedenken. Und das gebührend und mit Stil. Diese Demo ist ein Fest. Obwohl Sonntags morgens um 10 Uhr die meisten normalerweise noch schlafen, sind hier die Massen unterwegs. Das Laufen macht wach und gegen Ende des Marsches ist von Müdigkeit nichts mehr zu spüren, auch die Alten vergessen für kurze Zeit ihre Zipperlein. Spätestens auf dem Platz vor dem Friedhof kocht die Stimmung. Gemeinsam

mit dem Schalmeien Chor werden Arbeiterlieder gesungen und nirgendwo sonst sieht man so viele kunstvoll gestaltete Fahnen und Transparente mit Porträts von Öcalan bis Ché Guevara. Hier sind alle vereint, gemeinsam am Grab der Helden, mit der roten Nelke in der Hand, das einzige Mal im Jahr umringt von proletarischen Massen.

Das hätte auch Rosa und Karl gefallen, ein Hauch von kommunistischer Lebensfreude, jedes Jahr wieder.

Also bis dahin, und denkt dran nicht die Nelken zu vergessen!



SCHWERPUNKT

Eine Zukunft für den Sozialismus – durch den Computer möglich?

»Mit dem Sozialismus rechnen«. In feinem Doppelsinn reflektierte das diesjährige Motto der Rosa-Luxemburg-Konferenz am 14. Januar nicht nur eine Situation, in der – nach dem Untergang der europäischen sozialistischen Staaten – das Nachdenken über einen künftigen Sozialismus außerhalb verbliebener Zirkel wieder möglich scheint, sondern auch eine Seite der Produktivkraftentwicklung, die eine neue Produktionsweise nicht nur notwendig, sondern auch möglich macht: Die mit dem Rechner als zentralem Denk/Werkzeug verbundene wissenschaftlich-technische Revolution

Towards a New Socialism«, ein Buch, was Paul Cockshott, Computerwissenschaftler aus Glasgow, zusammen mit dem Ökonomen Allin Cottrell geschrieben hat, halte ich für einen Meilenstein in der Entwicklung einer Theorie des Sozialismus. Wenn hier und im Folgenden von Sozialismus die Rede ist, ist das gemeint, was Marx in der »Kritik des Gothaer Programms« als erste Phase des Kommunismus bezeichnete: eine auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gründende Gesellschaft, in der die Produzenten ihre Produkte nicht mehr austauschen, d.h. als Waren produzieren, sondern in der die Produkte unmittelbare Bestandteile der gesellschaftlichen Gesamtarbeit sind. Das geschieht, wenn die erforderlichen gesellschaftlichen Teilarbeiten und ihre Proportionen von vornherein bekannt sind, sprich einem gemeinsamen Plan unterworfen sind.

Effektive Planwirtschaft

In dem Buch wird die These verteidigt, dass hier und heute eine effektive, sozialistische Planwirtschaft möglich ist. Ihr Ansatzpunkt geht auf einen Vorschlag von Marx in der »Kritik des Gothaer Programms« zurück, wonach der einzelne Arbeiter über das Quantum gesellschaftlicher Arbeit, das er verausgabt hat, von der Gesellschaft eine Bescheinigung, eine Arbeitsmarke, erhält, die ihn berechtigt, dem gesellschaftlichen Vorrat an Konsumtionsmitteln diejenige Menge zu entnehmen, die gerade dem verausgabten Arbeitsquantum entspricht. Die Summe der ausgegebenen Arbeitsmarken muss der insgesamt verausgabten lebendigen Arbeit entsprechen – minus den Abzügen für Akkumulation, soziale Versorgung, usw. Arbeitsmarken sind kein Geld, sondern eher vergleichbar mit Theaterkarten. Wenn sie benutzt werden, sind sie futsch. Sie zirkulieren nicht und können nicht so etwas wie Kapital bilden.

Wenn die Überlegung aufgehen soll, muss stimmen, dass erstens Arbeit die einzige Quelle des gesellschaftlichen Reichtums ist und zwei-

tens der Anteil eines Produktes am gesellschaftlich erzeugten Reichtum durch das für seine Herstellung gesellschaftlich notwendige Arbeitszeitquantum bestimmt ist. Dies sind zwei Grundaussagen der Marxschen Arbeitswerttheorie. Hinzu kommt das Wertgesetz. Das Wertgesetz (wie die Arbeitswerttheorie insgesamt) gilt – historisch begrenzt – für gesellschaftliche Verhältnisse, in denen die Produkte Wertform annehmen, das sind warenproduzierende Gesellschaften: Bei jedem Austausch von Waren innerhalb eines Warenbündels bleibt der Wert, verstanden

als gesellschaftlich notwendiges Arbeitsquantum für ihre Herstellung, erhalten. In unserer kommunistischen Produktionsweise wird daraus: Produkte und Halbprodukte müssen so kombiniert oder rekombiniert werden, dass die in ihnen enthaltenen Arbeitszeitquanten »zusammenpassen«. Dies gewährleistet der Plan.

Probleme mit zunächst abschreckender Wirkung stellen sich: Wie will man denn das in einem Produkt steckende Arbeitsquantum bestimmen, wenn man bedenkt, dass in fast jedes Produkt andere Produkte eingehen, in die wiederum weitere Produkte eingehen, usw., und wie will man die ökonomische Verflechtung der gesamten Volkswirtschaft bewältigen, wenn man bedenkt, dass z. B. in der Sowjetunion der 80er Jahre die Anzahl der Produkte auf 24 Mio.

geschätzt wurde?

Technisch-wissenschaftliches Rüstzeug

Das technisch-wissenschaftliche Rüstzeug zur Bewältigung dieser Probleme besteht zum Einen in der Input-Output-Analyse. Dabei wird mit Tafeln gearbeitet, aus denen ökonomische Verflechtungen hervorgehen. In den Zeilen lassen sich die Outputs ablesen, die eine bestimmte Industrie an andere liefert und in den Spalten stehen dann entsprechend die Inputs, die eine Industrie von den anderen erhält. Input-Output-Analyse als solche ist überhaupt nichts Neues, neu ist nur die Anwendung auf



Towards a New Socialism

Paul Cockshott arbeitet als Computerwissenschaftler an der University of Glasgow, Allin Cottrell als Ökonom an der Wake Forest University in Winston-Salem (USA).

Die beiden Autoren haben u. a. theoretische und empirische Untersuchungen zur Gültigkeit des Wertgesetzes in hochentwickelten kapitalistischen Ökonomien und Arbeiten über die Arbeitszeitrechnungsdebatte (die in den Zwanzigerjahren des vorigen Jahrhunderts ihren Ausgang nahm) und die Planung in der Sowjetunion und in der Zukunft veröffentlicht.

Die deutsche Ausgabe des Buches »Towards a New Socialism« von Paul Cockshott und Allin Cottrell erscheint im Januar 2006 unter dem Titel »Alternativen aus dem Rechner. Plädoyer für sozialistische Planung und direkte Demokratie« beim PapyRossa Verlag, ca. 280 Seiten, 18 €, ISBN 3-89438-345-3.

◆ Diese Arbeiten, eine ausführliche Besprechung des Buches und weitere Materialien, die in das Buch nicht aufgenommen wurden, sind herunterladbar unter www.helmutdunkhase.de



Arbeitszeiten und die gesamte Volkswirtschaft.

Zum Ändern besteht das technisch-wissenschaftliche Rüstzeug im Einsatz moderner Computertechnologie, wobei es nicht nur an der reinen Rechnerleistung, sondern auch an der Auswahl geeigneter Algorithmen liegt, dass die Komplexität der Aufgabe in angemessener Zeit zu bewältigen ist.

Wie mit der Heterogenität der Arbeit umgehen?

Arbeit ist nicht gleich Arbeit. Für die Produktion einer qualifizierten Arbeitskraft muss mehr Arbeit verausgabt werden als für eine einfache. Das in der Qualifikation einer Arbeitskraft steckende Quantum geronnener Arbeit lässt sich im Prinzip genau so bestimmen wie bei jedem anderen Produkt. Daraus lässt sich ein Faktor bestimmen, mit dem die entsprechende Arbeit bewertet wird – in der Planung! Es gibt jedoch keinen polit-ökonomischen Grund, diesen Faktor als ein Maß für die persönliche Aneignung zu nehmen. Die Kosten für die Qualifizierung trägt ja die Gesellschaft. (Höhere »Bezahlung« kommt für unangenehme Arbeiten in Frage.) Diese reale Gleichstellung aller Menschen bewirkt allein schon so etwas wie eine kulturelle Revolution, wenn man bedenkt, dass ungleiche Einkommen ja nicht nur ungleiche Aneignungsmöglichkeiten zur Folge haben, sondern sich auch im Selbstbewusstsein der Menschen niederschlagen.

Transparenz

Transparenz ergibt sich dadurch, dass alle ökonomischen Beziehungen durch die originäre Quelle des Reichtums, der verausgabten Arbeit, ausgewiesen werden können. Und technisch ist es heute kein Problem, alle Güter des persönlichen Konsums mit den in ihnen enthaltenen Arbeitszeitquanten auszuzeichnen. Das hat uns der Kapitalismus schon mit der EPC-Codierung und RFID-Technologie (auch Schnüffelflips genannt) auf dem Tablett geliefert.

Direkte Demokratie

Schon Aristoteles war das Gesetz bekannt, dass die Wahl von Repräsen-

tanten niemals zu einer repräsentativen Auswahl der Repräsentierten führt. Wo man auch hinschaut, ob Bundestag, Vorstände von Parteien oder Sportvereinen: Niemals bilden die Gewählten eine repräsentative Stichprobe der Wählenden. Auch proletarische Vertretungskörperschaften unterliegen diesem Gesetz und kollidieren somit mit Lenins Sehnsucht nach der Köchin, die den Staat regieren können muss. Cockshott/Cottrell schlagen Auswahl durch Los vor. Jeder funktionale Entscheidungsbereich könnte von einem Komitee verwaltet werden, das nach einer statistisch repräsentativen Auswahl von Betroffenen gebildet wird. Und was Planungsdemokratie betrifft, könnte es professionelle Planungskomitees geben, die Planungsausschüssen alternative Pläne aufzeigen. Über wichtige Entscheidungen (Steuern, Bildung, Gesundheit) sollten Volksabstimmungen entscheiden. Hier kommt der Vorzug der Transparenz dann zum Tragen. In Arbeitsstunden ausgedrückt, können die Leute verstehen, was es bedeutet, 3 Stunden pro Woche zu arbeiten, um den Gesundheitsdienst oder 4 Stunden, um das Bildungswesen zu finanzieren.

Fazit

Ich habe hier nur einige mir wesentlich erscheinende Punkte angeschnitten. Das Buch bietet eine Fülle von Überlegungen und Vorschlägen nicht nur in ökonomischen Details, sondern auch für viele Bereiche der gesellschaftlichen Reproduktion insgesamt.

Der hohe Gebrauchswert des Buches besteht darin, dass es zur Erkenntnis führt, dass es nicht die theoretische Unmöglichkeit einer effektiven Planwirtschaft, sondern »nur« eine handvoll Shareholder ist, die uns daran hindert, ein gesichertes und befreites Leben für alle zu führen, die Verwirklichung des historisch Möglichen also eine praktische Frage ist. Die venezolanische Chavez-Regierung hat das erkannt und ist dabei, das Buch ins Spanische zu übersetzen, und für die dafür erforderlichen Softwareimplementationen wird ein weltweites Open Source Projekt ins Leben gerufen. Es lohnt sich also – auch und gerade bei uns – für politische Machtverhältnisse zu kämpfen, die Konzepte wie die in diesem Buch dargelegten umzusetzen erlauben.

Helmut Dunkhase



Das kleine Marx Einmaleins

■ **Akkumulation:** (lateinisch *accumulo* für »Anhäufen«, »Ansammeln«) Akkumulation bedeutet die Vermehrung des ursprünglich investierten Kapitals. Vereinfacht sieht das so aus: Ein Kapitalist (Besitzer von Produktionsmitteln, bzw. Besitzer von Kapital) kauft sich für eine bestimmte Summe die Arbeitskraft von drei Arbeitern, dazu noch Produktionsmittel (Werkzeuge, Maschinen,...) und lässt die drei Arbeiter nun Waren produzieren. Nachdem diese produziert wurden, können sie nun verkauft werden. Wenn der erzielte Preis höher ist als die ursprünglich investierte Summe, hat sich das Kapital akkumuliert.

■ **Arbeitskraft:** Die Fähigkeit, Arbeit zu verrichten. Im Kapitalismus wird die Arbeitskraft verkauft und fungiert so als Quelle des Mehrwertes.

■ **Mehrwert:** Der Mehrwert ist die Summe, um die sich

das ursprünglich investierte Kapital, nach dem Verkauf der produzierten Waren, vermehrt hat. Obwohl der Mehrwert durch die menschliche Arbeitskraft geschaffen wird, eignet sich der Kapitaleigentümer diesen an. Das bezeichnete Marx als Ausbeutung.

■ **Kapital:** Geld, dessen Sinn und Zweck es zunächst ist, sich zu vermehren, sich also zu akkumulieren.

■ **Wert:** Marx sieht den Wert von Waren in der warenproduzierenden Arbeit begründet. Der Wert einer Ware bestimmt sich durch das gesellschaftlich notwendige Quantum an menschlicher Arbeit, die aufgewendet wurde, um die Ware zu produzieren. Weitere wichtige Faktoren der Wertbestimmung bestehen im Verhältnis von Angebot und Nachfrage, sowie in der Unterteilung zwischen »einfacher« und »komplizierter« Arbeit.

■ Zapatisten reisen

Am 1. Januar feierten die Zapatisten das zwölfte Jahr ihres Aufstandes. Zeitgleich damit leitete die indigene Bewegung ihr neues Projekt ein. Bereits im vergangenen Sommer hatten sie in ihrer »Sechsten Erklärung aus dem Lakandonischen Urwald« für ihre bündnispolitische Initiative geworben. Mit dem Ziel »von unten und für die von unten« soll in einer mexikoweiten Allianz der Linken »eine Alternative zur neoliberalen Zerstörung« erarbeitet und eine neue Verfassung formuliert werden. Die »andere Kampagne« wie die EZLN die sechsmonatige Rundreise ihrer Delegation mit Subcomandante Marcos bezeichnet, sieht sich in klarer Abgrenzung zum derzeit stattfindenden Präsidentschaftswahlkampf.

■ Bolivien wählt Links



Mit einem unerwartet deutlichen Ergebnis hat im Dezember Evo Morales die Präsidentschaftswahlen in Bolivien gewonnen. Evo Morales ist Gewerkschaftsführer und Chef der sozialistischen MAS (»Bewegung zum Sozialismus«). Morales versprach in einer ersten Rede nach der Abstimmung am Sonntag abend umfassende Reformen: »Die neue Zeit Boliviens bricht an, für Gleichheit in Frieden und für den Wechsel«. Weiterhin kündigte Morales die Verstaatlichung der Rohstoffquellen und die Einberufung einer Verfassungsversammlung an.

»Cuba libre«



Junge bei Maidemonstration in Havanna

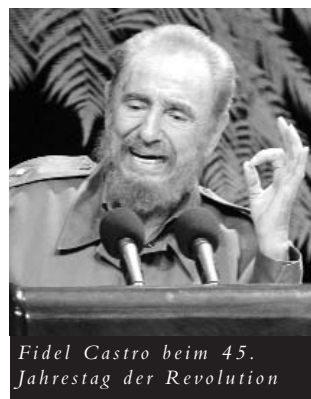
Am 1. Januar 2006 wurde in Cuba der 47. Jahrestag der Revolution gefeiert, und das obwohl nach 1989 nicht absehbar war, ob der socialismo tropical überhaupt ohne die Unterstützung der Sowjetunion überleben kann. Zweifellos durchläuft Cuba seit den neunziger Jahren Veränderungsprozesse, die auch Auswirkungen auf die einstigen Grundlagen der realsozialistischen Gesellschaft haben

In den fünfziger Jahren galt Cuba als Hinterhof Amerikas und war geprägt von Glücksspiel, Prostitution, Analphabetismus und Armut. So stand zu Beginn der cubanischen Revolution auch kein festes politisches Programm im Mittelpunkt, sondern die Befreiung von dem Diktator Fulgencia Batista und den Agraroligarchien, sowie die Umverteilung des Reichtums zugunsten der unteren Schichten. Cuba war nie ein bloßer Satellit des osteuropäischen Realsozialismus, sondern ein Produkt, welches eng mit der Überwindung des (neo)kolonialen Status der fünfziger Jahre zusammenhing. Als zentrale soziale Errungenschaften der cubanischen Revolution gelten insbesondere: Die Abschaffung der Apartheid und die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern auf allen Ebenen, sowie die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung, Wohnung und Arbeit, kostenlose Bildung und medizinische Versorgung für alle.

»Es wird ein langer Kampf«

In den neunziger Jahren erschien nichts unwahrscheinlicher als der

Fortbestand des cubanischen Realsozialismus, durch den Zusammenbruch des Ostblocks verlor Cuba schlagartig seine historischen Alliierten. Die Insel in ihrer hochgradigen Importabhängigkeit – ein vom Kolonialismus ererbtes Strukturmerkmal, das durch die Integration in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)¹ verstärkt wurde – verlor 75% ihrer Importkapazität. Es kam zu einer katastrophalen Wirtschaftskrise mit erheblichen Versorgungsengpässen, extremen Einschränkungen des öffentlichen Verkehrs- und Transportwesens, sowie stundenlangen Stromsperrungen. Aufgrund der Krise, die auch durch die von den USA auferlegten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockaden verstärkt wurde, war Cuba gezwungen eine Reihe von Krisenmaßnahmen durchzuführen. Das Notprogramm, das folgte drückte sich u.a. in der Dollarlegalisierung, einer Rationierung des Konsums, der Wiedereröffnung der freien Bauernmärkte, der (beschränkten) Zulassung von privatwirtschaftlicher Tätigkeit, der Öffnung für den



Fidel Castro beim 45. Jahrestag der Revolution

internationalen Massentourismus und der Einführung von Joint Venture Unternehmen² aus.

Die schrittweise ökonomische Liberalisierung blieb nicht ohne Konsequenzen für die gesellschaftlichen Beziehungen. Die ökonomische Gleichheit und damit die Aufhebung der Klassen- und Schichtunterschiede, die nach der Revolution angestrebt wurden, scheiterten in den neunziger Jahren. Insbesondere durch den Zugang zum Dollarsektor, für einen Teil der Bevölkerung, kam es zu einer erneuten Schichtenbildung. Durch die ökonomischen Engpässe und Ungleichheiten entstand eine Unzufriedenheit in der Bevölkerung, die auch durch das Festhalten an den bestehenden politischen, personellen Strukturen gefördert wurde. Es verbreitete sich Stagnation und Resignation.

»Wir werden siegen«

Inzwischen ist die Krise der neunziger Jahre insofern überwunden, dass eine wirtschaftliche Stabilisierung auf niedrigem Niveau stattgefunden hat. Ausschlaggebend dafür ist insbesondere der Tourismusboom und die Hilfe Venezuelas: Mit Hugo Chávez gibt es wieder einen engen politischen Verbündeten, der ökonomisch durch sein Öl zu Vorzugspreisen enorm bedeutsam ist. Ein weiteres Zeichen für die Stabilisierung ist, dass der Lebensstandard in Cuba laut dem Human Development Index deutlich über dem fast aller lateinamerikanischen Länder liegt. Cuba hat im Vergleich zum Rest Lateinamerikas eine niedrigere Kindersterblichkeitsrate, eine höhere Lebenserwartung und weniger Analphabetismus. Vor dem Hintergrund der ökonomischen Stabilisierung hat der cubanische Staat mit einem Programm zur Aufhebung der sozialen Ungleichheit begonnen, welches sich in der Förderung von Kulturveranstaltungen, Jugendarbeit, allgemeinen Sozialprogrammen und der Ausweitung von Bildungsprogrammen ausdrückt.

¹ Der RGW wurde 1949 als ökonomischer Zusammenschluss der realsozialistischen Staaten gegründet.

² Mixunternehmen zwischen ausländischen Firmen und dem cubanischen Staat, wobei der cubanische Staat den prozentual höheren Anteil an den Firmen besitzt.

»Kameraden sollten tief Luft holen«

Wir trafen uns mit einem Sprecher von Antifa Infopool aus Hamburg und zogen Bilanz



Das Transpi hing 2005 vor mehreren Haustüren von Neonazis im Raum Hamburg

Der aktuelle Antiberliner steht unter dem Motto »Rückblick 2005 – Perspektiven 2006«. Wie würdet ihr rückblickend für Euch das Jahr 2005 einschätzen?

Im Zusammenwirken mit anderen Antifas haben wir uns um eine höhere Mobilisierungsfähigkeit der Hamburger Antifa-Szene bemüht. Viele Demos und Aktionen haben gezeigt, dass der Bedarf und die Bereitschaft da sind, sich wieder stark im Antifa-Bereich zu engagieren.

Ein anderer Schwerpunkt 2005 war für uns die Jugendarbeit. Wir haben uns im Frühjahr mit Jugendlichen gemeinsam Gedanken über die Möglichkeiten von Jugendantifafarbeit gemacht. Die Resonanz war überraschend gut.

Die lokale Kampagne »Stadt.Land.Fluss – Kein Raum den Nazis« hat bundesweit bei Antifaschisten Interesse geweckt. Was war das für eine Kampagne?

»Stadt.Land.Fluss.« war eine Outing-Kampagne im Bezirk Harburg die wir begleitet haben.

Auf Grund einer Nazi-Offensive mit Kundgebungen und Infoständen in dieser Region wurden für Antifas neue und alte Strukturen deutlich erkennbar, und mit diesen hat sich dann »Stadt.Land.Fluss.« ausgiebig beschäftigt. Nazis bekamen zwischen Mitte September und Mitte Oktober überraschende Hausbesuche bei denen die Nachbarn über ihre Machenschaften informiert wurden. Es folgten Veranstaltungen, Infostände und weitere Verteil-Aktionen. Durch eine gute Öffentlichkeitsarbeit war die ganze Sache hier recht präsent und die Medien waren interessiert.

Was hat sich nach der Kampagne in der norddeutschen Naziszene geändert?

Viele der Nazis dürften erschrocken gewesen sein, wie gut recherchiert wurde und wie aktionsfähig die Antifa ist. Wenn bei einem Nazi Leute vor der Tür stehen, Krach machen und Flugblätter mit seinem Portrait verteilen, ist das sicher kein gutes Gefühl. Wenn dann die Nachbarn beim Redebeitrag applaudieren sicher auch nicht.

Wie war die Resonanz in der Antifa-Szene und in anderen Kreisen?

Die Resonanz war super. Es haben sich unglaublich viele Leute für die Kampagne interessiert und sich auch eingebracht. »Stadt.Land.Fluss.« hat auch sehr motivierend auf viele gewirkt. Es wurde gezeigt, dass Antinaziarbeit auch ohne einen Naziaufmarsch möglich ist.

Ihr habt Nazis auch direkt vor eurer Haustür...

Viele Hamburger waren sehr erstaunt über ein Nazi-Konzert im Oktober auf St. Pauli. Klebe, ein Blood&Honour-Aktivist organisiert diese Konzerte seit Jahren. Obwohl Klebe in der letzten Zeit nicht viel zu befürchten hatte, wusste er doch, dass er sich auf die Hamburger Polizei als kostenlosen Türsteher verlassen kann. Die Bullen haben dieses Mal etwas gepennt. Dadurch kam es zu heftigen Attacken gegen die Nazis und deren Fahrzeuge.

Zum anderen gibt es auf St. Pauli einen Naziladen: Problem an diesem Laden ist der Tabubruch den er darstellt. Seit der Schließung eines Naziladen Ende der 90iger hat kein Betreiber in Hamburg länger als drei Monate durchgehalten.

Was steht für 2006 auf dem Programm – mit was müssen Nazis rechnen?

Freunde rechtsradikaler Musik werden von uns hören und auch sonst sollten einige »Kameraden« schon mal tief Luft holen.

Außerdem wird Jugend-Arbeit ein Schwerpunkt bleiben, das letzte Jahr hat deutlich gezeigt, dass sich Zeit und Mühe lohnen.

◆ Infos: www.antifainfo.de

5000 gegen Faschismus

■ Am 30. Todestag des faschistischen Diktators Francisco Franco haben sich in Madrid über 5000 Personen an einer Demonstration beteiligt. Der Marsch stand unter dem Motto: »Erinnerung, Würde, Kampf«. Die »Coordinadora Antifascista« als Vorbereitungskomitee setzte in diesem Jahr vor allem auf das Gedenken antifaschistischer Widerstandskämpfer.

Antifas in Haft

■ Im Dezember beteiligten sich Antifas u.a. aus Berlin an Protesten gegen einen Naziaufmarsch im schwedischen Salem. An den Aktionen beteiligten sich mehr als 2.000 Aktivisten. Sieben Berliner Antifas wurden von der Polizei festgenommen. Bis heute sitzen zwei von ihnen in Untersuchungshaft in Schweden. Ihnen wird »schwerer Landfriedensbruch« vorgeworfen. Es werden dringend Geldspenden benötigt, um Anwälte zu bezahlen und um Soliarbeit zu leisten.

◆ Infos: soligruppe-schweden@web.de

◆ Spendenkonto: Rote Hilfe Berlin, Kontonummer: 18 959 060 0, Bankleitzahl: 100 200 00, Stichwort: »Stockholm«

Nazis auf der Straße

■ Am 28. Januar wollen Nazis, u.a. der Berufs-Nazi Christian Worch und Axel Reitz, bundesweit Naziaufmärsche durchführen, und zwar in Celle, Dortmund und Karlsruhe. Breiter Protest ist bereits angekündigt.

◆ Infos: www.antifa.de

Every year in Sachsen

Am 13. Februar 2005 zogen 6.500 Neonazis nahezu ungestört durch Dresden. Dies war einer der größten Naziaufmärsche in der Geschichte der Bundesrepublik. Mehrere Nazi-Transparente, die auch in den vergangenen Jahren schon dabei waren, bezeichneten die Bombardierung Dresdens 1945 als »Bombenholocaust«.

Im Aufruf zum 11. Februar dieses Jahres nehmen die Nazis wieder Bezug auf den 13. Februar 1945. Der Aufmarsch stellt einen Schulterchluss aller neonazistischen

Kräfte in der BRD dar. Da die letzten Großaufmärsche von Neonazis wie im Mai in Berlin, oder Wunsiedel und Halbe erfolgreich verhindert werden konnten, ist Dresden für Neonazis interessanter denn je. Ein Sprecher des Antifabündnisses schätzt ein, dass 2006 mehr Neonazis anreisen werden, als in den Vorjahren.

Zum ersten Mal wird es auch eine breitflächige Mobilisierung antifaschistischer Kräfte geben. Am Tag selber gibt es eine Antifademo und zahlreiche Kundgebungen. Gemeinsames Ziel soll sein, »den Aufmarsch der Neonazis zu verhindern, bzw. erst gar nicht loslaufen zu lassen«, so ein Sprecher.

◆ Infos unter: www.venceremos.antifa.net



■ Graffiti Artist

Nick zieht nachts durch Portland, um Bushaltestellen, Häuserwände und Eisenbahnwaggons mit Graffiti zu besprühen. Auf einem seiner Streifzüge begegnet er Jesse. Graffiti Artist ist das Portrait eines Sprayers, der sich bewusst aus der Mainstreamgesellschaft ausklinkt.

◆ Eiszeit Kino, Kreuzberg, 19.–25.01.06

■ War'n sie schon mal in mich verliebt?

Diese Frage stellt das Multitalent der Zwanziger und Dreißiger Jahre Max Hansen in einem seiner frivolen Songs gegen Hitler. Kurz darauf muss der Künstler jüdischer Abstammung Deutschland verlassen. Der Film beschränkt sich nicht nur auf ein reines Personenportrait, sondern zeichnet ein präzises Bild der Vor-, Kriegs-, und Nachkriegsjahre nach.

◆ Eiszeit Kino, Kreuzberg, 19.–25.01.06

■ Code: unbekannt

Aus scheinbar willkürlichen Fragmenten montiert Michael Haneke ein vielfach gebrochenes, distanziertes und zugleich hoch codiertes Gegenwartsbild, in dem viele aktuelle Diskurse aufgenommen werden. U.a. Migration und Rassismus und das Verhältnis von Wahrheit und Medieninszenierung.

◆ Regenbogen Kino, Kreuzberg, 3.–6.02.06

»Wir haben nie einen Hehl aus unserer Einstellung gemacht«

Die Toten Hosen kommen aus Düsseldorf, seit mehr als 23 Jahren machen sie zusammen Musik. Breiti, der Gitarrist der Gruppe, stellte sich dem Antiberliner

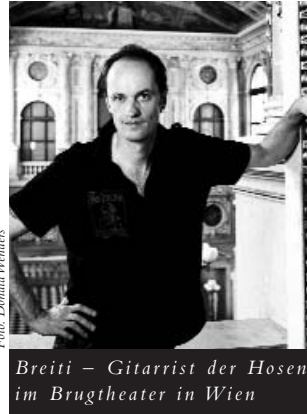
Unsere Ausgabe steht unter dem Motto: »Rückblick 2005 und Perspektiven 2006« – Was war für Dich 2005 rückblickend das größte politische Ereignis?

Im Zusammenhang mit Musik war das herausragendste politische Ereignis sicherlich »Live8«, wo wir gerne mitgemacht haben und dessen Sinn ich vor allem darin sehe, dass viele Leute, die sich die Bands da angesehen haben, jetzt vielleicht einen anderen Zugang zu dem Thema haben – sensibler dafür sind und anders darüber nachdenken.

Ob wir jetzt ne schwarz-rote Regierung haben oder davor ne rot-grüne, das sind ja nun alles keine dramatischen Veränderungen.

Ihr unterstützt das antirassistische Projekt »ProAsyl«. Wieso habt Ihr Euch dieses Projekt rausgesucht? Was macht ihr genau?

Wir haben uns schon von Anfang an immer zu grundsätzlichen Dingen geäußert, was Antirassismus oder Antifaschismus angeht. Wir haben nie einen Hehl aus unserer politischen Einstellung gemacht, auch als Teil der Punkbewegung, zu der wir uns gezählt haben. Die war hochgradig politisch – auch in teilweise handfesten Auseinandersetzungen mit Nazis. Irgendwann war es so beim Thema Asyl, dass ich die Information, die ich aus den Medien wahrgenom-



Breiti – Gitarrist der Hosen im Brugtheater in Wien

men habe, nur noch als Propaganda verstanden habe und da bin ich dann auf ProAsyl gekommen. Ich fand deren Arbeit extrem wichtig und hochgradig seriös.

Das hat dann zur Zusammenarbeit in verschiedensten Formen geführt. Zum Einen geben wir ProAsyl die Möglichkeit sich auf unserer Internetseite vorzustellen. Dann versuchen wir, wo immer es geht auf dieses Projekt hinzuweisen. Wir haben ihnen z.B. geholfen eine Kompilation zusammenzustellen mit Liedern von deutschen Bands. Die macht zum einen den Sinn, Leute für das Thema zu interessieren – zum Anderen auch schlicht und einfach Geld für das Projekt einzuspielen.

Die Toten Hosen waren in der Vergangenheit auch auf politischen Großereignissen aktiv, wie z.B. 1998 beim Castor-Transport. Werdet Ihr Euch auch an Aktionen gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm beteiligen?

Es kann Ereignisse geben da macht es Sinn mit vielen Bands zu versu-

chen die Aufmerksamkeit auf ein Thema zu lenken. Das kann man aber nicht beliebig ausweiten und bei jeder Gelegenheit wiederholen, weil es dann seine Kraft verliert.

Als wir vor ein paar Jahren mal beim Castortransport in Ahaus versucht haben den Protest zu unterstützen, war das mehr eine Aktion von uns privat, weil sich für diesen Transport niemand interessiert hat. Komischerweise! Deshalb haben wir versucht mit unserer Teilnahme noch ein bisschen zu mobilisieren. Ich kann die Frage, ob wir beim G8-Gipfel was machen werden, jetzt noch nicht beantworten. Das wird sich aus der Situation ergeben.

Deswegen finde ich wie gesagt auch gerade gut, dass wir was gefunden haben wie z.B. diese Zusammenarbeit mit ProAsyl, was wirklich kontinuierlich läuft. Man sollte nicht darauf angewiesen sein vielleicht alle paar Jahre mal zu versuchen, was spektakuläres für einen Tag zu machen.

Was wird 2006 von den Toten Hosen zu hören sein?

Wir dachten es wäre mal dringend an der Zeit, dass jeder aus der Band die Möglichkeit bekommt mit anderen Leuten was zu machen, Freunde zu treffen und sich um Privatsachen zu kümmern. Der Plan ist erstmal mit der Band gar nichts zu machen. Wir werden uns sicher regelmäßig treffen und mal über neue Ideen reden. Die Auszeit wollen wir uns jetzt mal gönnen.

◆ Seit Mitte Dezember gibt es das aktuelle Album der Toten Hosen. Mehr unter www.dth.de

Meine Ilse K.: Tatort Leichenschauhaus

